

Einzelprobleme der Arbeitsbeschaffung

Autor(en): **Reinhard, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **20 (1940-1941)**

Heft 4

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-333897>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

20. JAHRGANG — DEZEMBER 1940 — HEFT 4

Einzelprobleme der Arbeitsbeschaffung

Von Ernst Reinhard

Die Probleme der Arbeitsbeschaffung stellen sich heute ganz anders als während der letzten Krise und auch während der Nachkriegsjahre 1919—1924. Wir hatten nach dem letzten Weltkriege eine von der Kriegszeit deutlich abgegrenzte Krisenzeit; kriegswirtschaftliche und Krisenprobleme ließen sich sauber nacheinander lösen. Heute greifen die Probleme der Kriegswirtschaft und der Krisenwirtschaft respektive der Arbeitsbeschaffung möglicherweise in einer für die soziale Struktur des Landes bedeutungsvollen Weise ineinander; es ist leicht möglich, daß Probleme, deren Lösung man sich ausdrücklich für die Zeit nach dem Kriege und der Demobilisation vorbehielt, aus ganz andern Gründen als kriegswirtschaftliche Probleme gelöst werden müssen. Dazu zwingt die drohende *Nahrungsmittel-* und *Rohstoffnot*.

1.

Eines der wichtigsten, aber auch interessantesten Probleme der Arbeitsbeschaffung ist die Schaffung von Dienstbotenwohnungen auf dem Lande; es steht im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, die Arbeitsbeschaffung in den Dienst der Verbesserung unseres Produktionsapparates zu stellen. Für alle diejenigen, die sich mit dem Problem zu befassen hatten, ist klar, daß sich die Arbeitsbeschaffung nicht einfach in der Schaffung von baulichen Arbeitsgelegenheiten erschöpfen darf, wie das zur Hauptsache während der letzten Krise notgedrungen der Fall sein mußte. Es wäre völlig falsch, aus dieser Feststellung etwa einen Tadel gegen die damalige Art der Arbeitsbeschaffung herauslesen zu wollen. Was damals getan wurde, war unter den gegebenen Verhältnissen durchaus richtig; es war sogar gegenüber jener primitiven Tendenz, nur Tiefbauarbeiten mit möglichst viel Erdbewegungen durchzuführen, ein gewaltiger Fortschritt. Aber eben nur unter den gegebenen Verhältnissen. Diese haben sich gründlich geändert — und dementsprechend hat sich auch die Methode der Arbeitsbeschaffung zu ändern.

Der Anschluß an die Weltwirtschaft hat unserer Landwirtschaft den Übergang zur Gras- und Milchwirtschaft mit all ihrer Einseitigkeit gebracht. Wir haben dagegen angekämpft und deswegen die Beibehaltung

des Getreidemonopols empfohlen. Wir verfechten heute nur damals schon verteidigtes Gedankengut, wenn wir den Übergang zu einer menschenintensivern Arbeitsweise der Landwirtschaft, das heißt den Übergang zu einem stärkeren Ackerbau und Gemüsebau und damit die Abkehr von der einseitigen Graswirtschaft verlangen. Wie notwendig das für die Erhaltung unserer Existenz gerade heute wäre, ergaben die Vorträge von Dr. Käppeli und Dr. Wahlen, von denen der letztere durch seinen rücksichtslosen Mut und seine anfeuernde Energie vor allem auffällt. Beide trafen sich aber in einem: es fehlen der Landwirtschaft Arbeitskräfte, die von Dr. Käppeli auf rund 100 000 veranschlagt werden. Es wäre ein volkswirtschaftlicher Unsinn, in den Städten künstlich Arbeitsmöglichkeiten für Arbeitslose zu schaffen, wenn die Landwirtschaft 100 000 Mann brauchen kann. Es müssen Mittel gefunden werden, um den Überfluß an Arbeitskräften auf der einen Seite dem Bedarf und dem Mangel auf der andern Seite zuzulenken.

Die Lösung des Problems wird deshalb schwierig, weil die soziale Lage des Landarbeiters ungemein viel schlechter ist als die des städtischen Arbeiters im allgemeinen. Es stellt sich das Lohn- und das Freizeitproblem für den Landarbeiter. Darum kommt man mit Predigen nicht weiter; es nützt nichts, Jeremias Gotthelf aus dem Bücherschrank zu nehmen und dem Arbeiter, den man einst vom Lande in die Stadt gejagt hat, weil er auf dem Lande überflüssig war, die Schönheiten des Landlebens zu preisen, damit er jetzt wieder zurückkehre. Wir brauchen nicht den Lebensstandard von Käthi, der Großmutter, sondern den eines tüchtigen Landarbeiters aus dem 20. Jahrhundert, eines Mannes, der weiß, daß seine Arbeit auf dem Lande nicht weniger gut entlohnt ist als in der Stadt. Der sentimentale Rückblick auf die vergangenen Zeiten nützt uns nichts; auch der Bauer, der mit Traktor, Mähmaschine und Auto arbeitet, ist nicht mehr Hans aus dem Hagelloch oder Ueli, der Pächter, sondern der Landwirt Soundso, der Mitglied ist in so vielen Genossenschaften und landwirtschaftlichen Vereinen und der dem Großen Rat oder dem Nationalrat angehört. Aber diese Probleme gehören nicht in den allernächsten Rahmen der Arbeitsbeschaffung, obwohl sie, wenn das gesamte Problem gelöst werden soll, mitgelöst werden müssen. Wesentlich aber ist die Wohnungsnot auf dem Lande. Sie ist im allgemeinen so groß, daß der ledige Landarbeiter keine eigene Familie gründen kann; es fehlt an guten Dienstwohnungen. Sie zu erstellen, wäre eine hervorragende Aufgabe der Arbeitsbeschaffung nach dem Kriege gewesen. Wir haben im Kanton Bern mit rund 10 000 zu erstellenden Dienstbotenwohnungen gerechnet; das Problem wäre nur gewesen, die daraus erwachsenden Arbeitsmöglichkeiten auf das ganze Land so zu verteilen, daß hauptsächlich auch die Gegenden mit großer Arbeitslosigkeit Arbeitsgelegenheiten für sich erhalten hätten. Die Lösung dieses Problems ist rein technischer Natur; es hat keinen Sinn, darüber hier Einzelheiten mitzuteilen, sie würden über den Rahmen dieser Erörterung hinausgehen.

Nun ist aber die Absicht, diese Dienstbotenwohnungen in einem späteren Zeitpunkt zu erstellen, möglicherweise im Widerspruch zu den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft. Die Landwirtschaft braucht die Hilfs-

kräfte möglichst rasch, wenn sie ihre großen Aufgaben im Dienste der Ernährung des Landes erfüllen soll. Es wird zwar kaum möglich sein, alle nötigen Umschulungen in kurzer Zeit durchzuführen; aber für die umgeschulten Arbeitskräfte muß der Wohnungsraum zur Verfügung stehen, wenn die getroffenen Maßnahmen nicht nur ephemeren Charakter haben sollen; ein Teil dieses Wohnraumes wird notwendigerweise provisorischen Charakter haben, es kann an Barackenbauten gedacht werden; ein anderer Teil muß aber jetzt schon als definitive, gut eingerichtete Dienstbotenwohnung erstellt werden, wenn nachher nicht die Landflucht von neuem einsetzen soll. Es wird also notwendig sein, einen Teil des Programms, das auf spätere Zeiten vorgesehen war, jetzt zu erfüllen. Damit sind natürlich Arbeitsmöglichkeiten, die für die Zeiten der Arbeitslosigkeit von enormem Wert gewesen wären, weggegeben. Ist dadurch aber ein Schaden entstanden? Wohl kaum. Denn es sind schließlich durch die Dienstbotenwohnungen eine große Zahl von Arbeitskräften, die sonst brachliegen würden, aus den Arbeitslosenheeren der Großstadt weggezogen und der ländlichen Arbeit zugeführt worden; für einen Teil sind nun dauernde Arbeitsmöglichkeiten geschaffen, während die Bautätigkeit doch nur vorübergehende Arbeit hätte schaffen können; gleichzeitig würde der Produktionsapparat verbessert. Es darf also mit dem Bau von Dienstbotenwohnungen jetzt begonnen werden, weil die Auswirkung dieser Aktion sich später in einer erheblichen Verminderung der Arbeitslosenziffern auswirken wird.

2.

Ähnlich stellt sich das Problem der Rohstoffversorgung. Die Verknappung der Eigenvorräte läßt es als fraglich erscheinen, ob für die in Aussicht genommene große Menge von Hochbauten die notwendige Eisenmenge zur Verfügung stehen wird. Wiederum muß daran erinnert werden, daß uns die Arbeitslosigkeit sehr wohl mitten im Kriege überfallen kann; schon heute sind in einigen Betrieben die Arbeitszeiten infolge Fehlens der Rohstoffe wesentlich verkürzt worden. Es ist also nichts mit der Idee: Heute Krieg und Kriegswirtschaft, morgen Krise und Arbeitslosenbekämpfung; auch hier greifen zwei Perioden, die früher säuberlich getrennt waren, ineinander über. Wir können Krisenwirtschaft und Arbeitslosennot mitten im Kriege bekommen. Wohl oder übel muß man sich nun darauf einstellen, die Projekte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit andern Rohstoffen durchzuführen. Der Eisenbetonbau wird für die Bedürfnisse unseres Produktionsapparates reserviert bleiben müssen, der verbessert werden soll, also für die Anlage von Kraftwerken, besseren Industrieanlagen, Kanalbauten usw.; für den Hochbau gewöhnlicher Art, also von Wohnhäusern, Schulhäusern usw., wird er möglicherweise auf ein Minimum beschränkt werden müssen. An die Stelle von Eisenbeton tritt nun Backstein und Holz. Das bedingt ganz andere technische Vorbereitungen.

Man muß sich über etwas ganz klar sein: *Die Projekte müssen jetzt unbedingt baureif gemacht werden!* Niemand kann es verantworten, die Projekte erst im Augenblick der Arbeitslosigkeit auszuarbeiten. Trifft

uns die Arbeitslosigkeit, so bedeutet das den verschärften Wirtschaftskrieg um die Existenz unseres Landes; die militärische Verteidigung wird dann abgelöst werden durch die wirtschaftliche. Für den Wirtschaftskrieg müssen unsere Zeughäuser gefüllt sein; wir müssen die Projekte aus den Schubladen herausholen können, wie der Generalstab die Kanonen aus den Zeughäusern holte, als die Mobilisation militärischer Art erging. Alle Vorbereitungen müssen jetzt erledigt werden: *die technischen und die bürokratischen!* Wenn die Auftraggeber für Arbeitsbeschaffungszwecke erst dann, wenn Not an Mann ist, ihren Kampf mit der Bundesbürokratie ausfechten sollen, dann Gnade uns Gott!

Es ist darum eine geradezu unerhörte Sache, daß nach der donnernen Rede des Herrn Pilet vom 25. Juni 1940 heute, mehr als fünf Monate später, in dieser Hinsicht von Bundes wegen noch nichts gegangen ist, als der Druck einer Broschüre, die, inhaltlich äußerst wertvoll, erst jetzt der Öffentlichkeit zu Gesicht gelangt. Der Bund muß endlich seinerseits die Möglichkeiten schaffen, daß die Projekte bereitgestellt werden können; was er heute erledigen kann, das muß er tun, damit alle die, die im zweiten und dritten Gliede arbeiten müssen, endlich einmal wissen, woran sie sich zu halten haben. Und das muß nun rasch geschehen, wenn sich die Arbeitsbeschaffung nicht im Zank einiger Amtsstellen untereinander erschöpfen soll. Man muß all denen, die in zweiter und dritter Linie stehen, den Gemeinden und Korporationen, von Bundes wegen die Möglichkeit schaffen, ihre Projekte bereitzustellen. Denn sie stehen angesichts der Verknappung der Rohstoffe plötzlich vor einem ganz neuen Problem: Welche Ausführungsart ist überhaupt möglich?

Tatsache ist, daß Verteuerung der Baukosten und Verknappung der Rohstoffe eine Anzahl von fertigen Projekten ganz unsicher gemacht haben. Kommt in einigen Monaten — noch während der Krieg dauert — die Arbeitslosigkeit über uns und sollen wir eingreifen können, dann stimmt alles nicht mehr und tatsächlich ist nichts bereit. Es ist eben alles für einen ganz bestimmten Fall vorgesehen — und dieser Fall tut uns nicht den Gefallen, einzutreten. Es bleibt nichts anderes übrig, als für alle Möglichkeiten gerüstet zu sein. Sollen Gemeinden und Korporationen ihre Aufgaben erfüllen können, dann müssen sie für die bauliche Arbeitsbeschaffung mit zwei Arten von Projekten rechnen können: mit einer, die auf der herkömmlichen und üblichen Bauweise abstellt, mit einer andern, die die Ausführung in Ersatzstoffen möglich macht. Das bedeutet doppelte Projektkosten. Sie sind nicht zu umgehen. Wer trägt sie? Darüber müßte heute Klarheit geschaffen werden. Der Bund müßte heute diese Vorbereitungsaktion besonders fördern und die Hälfte der entstehenden Kosten als Anteil an den Kriegsmobilmachungskosten übernehmen.

Außerdem wird es aber notwendig sein, jetzt schon eine ganze Anzahl von Anlagen zu erstellen, die tatsächlich Ersatzstoffe herstellen können oder die uns in einem gewissen Umfang vom Ausland unabhängig machen. Die Erzförderung und Eisenbereitung muß gesichert werden. Man gibt sich in den Bundesstellen darüber viel zuwenig Rechenschaft,

was eigentlich an Vorräten von *Schrott* noch besteht. Wenn unsere eigenen Zäune daran glauben müssen, dann jetzt im Winter fort damit! Es geschieht dem Lande kein Schaden, wenn so mancher nutzlose Gartenhag, so manches feindliche Gitter verschwindet und einem einfachen Lattenzaun Platz macht; und wenn die eidgenössische Einhagung damit auch reduziert wird, wollen wir nur froh sein. Nirgends zeigt sich der üble Egoismus des Besitzbürgers symbolisch so deutlich wie an den feindlichen Eisengittern. Wiederum aber ist das Problem das gleiche wie bei den Dienstbotenwohnungen auf dem Lande: was jetzt getan wird, nimmt scheinbar zukünftig Arbeitsmöglichkeiten weg; aber es erleichtert in Wirklichkeit einem wesentlichen Teil von Arbeitern später die Arbeit, gibt ihnen dauernde Arbeitsmöglichkeiten und verbessert unseren Produktionsapparat.

3.

Eine wesentliche Rolle in der Arbeitsbeschaffung fällt den Gemeinden zu. Sie müssen zur Mitarbeit herangezogen werden. Sie kennen die Bedürfnisse besser als irgendeine Zentralstelle über den Wolken; wir warnen ausdrücklich davor, sie auszuschalten. Aber man muß ihren Bedürfnissen Rechnung tragen. Die Gemeinden, die während der letzten Krise die hauptsächlichsten Träger der Arbeitsbeschaffung waren, sind heute nicht mehr in der Lage, die gleichen Lasten auf sich zu nehmen. Zunächst haben die meisten von ihnen noch unter den Nachwirkungen der Krise zu leiden; mit aller Wucht hat sie dann die Kriegsmobilisierungsperiode getroffen. Die Aufwendungen für unabträgliche Unternehmungen sind außerordentlich rasch angestiegen; wir zählen dazu die Ausgaben für Wehrmannsausgleichskassen, die Mietzinszuschüsse, die Mitwirkung bei der Mobilisation, die Mitarbeit bei der Kriegswirtschaft, die Ausgaben für den passiven Luftschutz, vor allem heute auch für den baulichen Luftschutz. Diesen Ausgaben stehen keine Mehreinnahmen gegenüber; die industriellen Werke werfen weniger ab, die Gaswerke leiden unter der Kohlenrationierung und jetzt auch unter der Kohlenknappheit; hier können sich in der nächsten Zeit die Verhältnisse nur verschlimmern. Die Steuerreserven der Gemeinden sind auch dadurch geschwunden, daß der Bund auf die Steuerkapitalien gegriffen hat; so notwendig Wehropfer und Wehrsteuer sind, ist doch nicht zu übersehen, daß besonders in den Gemeinden, wo die Steuerveranlagung ehrlich war — und das ist sie vor allem in den sozialistisch beeinflussten oder regierten Gemeinden —, durch die Bundesmaßnahmen das Steuerkapital verringert wurde. Die Mobilisation hat die Einkommen nicht gehoben, sondern gesenkt, so daß auch die Gemeinden unter schwindenden Lohn-einkommen für ihre Steuerveranlagung zu leiden haben. Bund und Kantone haben für die Ausgaben, die sie zugunsten der Mobilisation machen mußten, erhebliche Mehreinnahmen; die Verteilung des Abwertungsgewinns der Nationalbank an die Kantone zu zwei Malen bedeutet für sie einen großen Gewinn; die Gemeinden haben bis dahin nur die Kriegsmobilisierungsausgaben zu spüren bekommen, ohne daß man irgendwie daran gedacht hätte, ihnen auch in den Einnahmen entgegenzukommen.

Es drängt sich heute nicht nur der Steuerausgleich zwischen Bund und Kantonen auf, sondern ebensowohl der Steuerausgleich zwischen Bund und Gemeinden. Es geht einfach nicht an, daß die Gemeinden vom Bund als vollwertige Mitarbeiter, wenn auch auf dem Umweg über die Kantone, die hier meistens nur als überflüssige Briefträger wirken, anerkannt werden und daß ihre Mitarbeit gefordert wird, daß der gleiche Bund aber von den Gemeinden sofort nichts mehr weiß, wenn es gilt, die Einnahmen für die Kriegsmobilmachungskosten zu beschaffen. Der bis heute geduldete Zustand ist auf die Dauer unsinnig und unmoralisch.

Man wird, wenn die Mitarbeit der Gemeinden gewonnen werden soll, an ihre Lage denken müssen; es ist ein ganz schlimmer Trugschluß, wenn von den Gemeinden gefordert wird, sie möchten die alte Bautätigkeit in vollem Umfang wiederum aufnehmen, ohne daß man für diese Bautätigkeit eine Subvention aus Arbeitsbeschaffungskrediten ausrichten würde, in der Meinung, daß erst dasjenige, was über die Vorkriegsleistung hinausgehe, als zusätzlich anerkannt und dementsprechend auch mit Subventionen bedacht werde. Die Gemeinden können unter gar keinen Umständen die alten Leistungen aufbringen; mit dieser Tatsache werden sich die Bundes- und Kantonsbehörden vertraut machen müssen; es wird vielleicht ganz gut sein, diese Tatsache auch Vertretern der Arbeiterschaft in den Behörden in Erinnerung zu rufen. Die Subventionsansätze müssen ganz wesentlich erhöht werden und sie müssen jetzt bekannt werden. Anders können die Gemeinden nicht disponieren. Man muß sich dann allerdings von der Vorstellung befreien, als ob die Gemeinden mit der Forderung, daß rund 50 Prozent der Kosten durch Bund und Kantone übernommen werden müßten, einen Beutezug auf Kosten des Bundes ausführen wollten. Nichts ist falscher als das. Die Verteidigung der Eidgenossenschaft vollzieht sich in zwei Abschnitten: im militärischen und wirtschaftlichen; für beide aber ist restlos der Bund verantwortlich; er kann die wirtschaftliche Verteidigung des Landes nicht trennen von der militärischen. Wenn aber die Verteidigung im wirtschaftlichen Sektor fortgeführt werden muß, übernehmen die Gemeinden einen wesentlichen Teil der Lasten, die sonst der Bund zu tragen gehabt hätte; ihre Aktion ist ebenso wichtig, wie vorher die militärische des Bundes es war. Darum ist es nicht nur gerecht, sondern absolut vernünftig, daß der Bund anerkennt, welcher gewaltiger Teil der sonst ihm auffallenden Last nun die Gemeinden übernehmen, daß er aber auch einsieht, wie notwendig seine Hilfe ist, wenn nicht die Gemeinden zusammenbrechen sollen.

4.

Freilich wirft gerade die Notwendigkeit, zwischen Bund und Gemeinden einen gerechten Finanzausgleich für die Bedürfnisse der Kriegsmobilmachung und der Arbeitsbeschaffung zu suchen, die Finanzfrage im allgemeinen auf. Sie muß jetzt von der Arbeiterschaft mit allem Ernst angepackt werden. Was bis dahin geleistet worden ist, ist nur die teilweise Bewältigung des steuerlichen Abschnittes; viel wichtiger sind die

Abschnitte Währung und Kreditbeschaffung. Wir beschränken uns für heute darauf, mit allem Nachdruck auch hier die Forderung zu vertreten, daß Kredit und Währung für die Zwecke der Kriegsmobilmachung und Arbeitsbeschaffung, wenn nötig, völlig unabhängig vom bisher geltenden Geld- und Kreditsystem gelöst werden müssen, indem der Öffentlichkeit die Möglichkeit geschaffen wird, für diese Zwecke billiges Geld zu erhalten, das sie nicht auf Jahre hinaus mit erdrückenden Zinsabgaben belastet und sie nach und nach immobilisiert. Die Forderung: *langfristiges Geld zum kurzfristigen Geldsatz!* ist gerecht und vernünftig; sie ist auch durchführbar, wenn man will und endlich begreift, daß im Augenblick der Mobilisation aller Kräfte — der wirtschaftlichen und der menschlichen — das eine Gebiet nicht in anarchischer Ungebundenheit bleiben kann, dasjenige des Kredites und der Währung. Hier ist so rasch als möglich eine große Anstrengung nötig, um zum Ziele zu kommen; wir halten die Lösung dieses Problems für so unerhört wichtig, weil wir überzeugt sind, daß sonst jegliche Arbeitsbeschaffung unter der Diktatur der kapitalistischen Rente zusammenbricht. Das Rohstoffproblem zu lösen, dürfte unendlich viel schwieriger sein als das Geldproblem; aber die Einsicht, daß dem so ist, kommt nur langsam.

Die Vielheit der Probleme, die hier zutage treten, würde es durchaus rechtfertigen, einen schweizerischen sozialdemokratischen Komunaltag einzuberufen, der die Interessen der Gemeinden energischer verfechten müßte, als der schweizerische Städtetag.

Politische Gegenwartsarbeit

Von Ernst N o b s

Es gehört zur Eigenart solcher geschichtlicher Epochen wie der heutigen, daß die demokratische Willensbildung innerhalb der politischen Parteien nicht leichter, sondern wesentlich schwieriger geworden ist. Vor allem kann sich diese Willensbildung nicht mehr im gemütlichen Tempo der sogenannten normalen Zeiten vollziehen, wo aktuelle Probleme publizistisch und rednerisch vor dem Forum der ganzen Partei erörtert, in den Sektionen diskutiert, durch Parteitage oder gar Urabstimmungen endgültig entschieden werden konnten. Der Ablauf der Ereignisse vollzieht sich viel rascher, die Aussprache darüber ist behindert und zum Teil gar nicht möglich und daher auch die Erzielung einer allgemeinen Orientierung unter den Parteimitgliedern bedeutend erschwert. Es kommt eine dritte Besonderheit hinzu: Die Unterschiedlichkeit und Eigenwilligkeit der Individuen tritt stärker in Erscheinung. In der Weise, wie die Ereignisse sich in Zeitpunkten politischer Höchstspannung übereilen und für simple Gemüter ein Tempo annehmen, das alles als chaotisch erscheinen läßt, wird die allgemeine und überzeugende Orientierung noch schwieriger. Es kommt hinzu, daß die Neigung der menschlichen Natur, irgendwelchen Gerüchten Glauben zu schenken, der Panik und der Desorganisation